

88. Sitzung des Niedersächsischen Landtags  
11. November 2010

Frage von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

**Für eine soziale Neuordnung der Regelsätze - Menschenwürde erfordert Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2982**

---

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

In diesem Redebeitrag nicht zur Sprache gekommen ist das gestern hier schon einmal behandelte Thema Fachkräftemangel. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass ungefähr 2 Milliarden Euro aus dem Qualifizierungstopf entfernt werden, wovon der größte Teil dafür gedacht war, Leistungsbeziehende zu qualifizieren. Sie könnten sicherlich einen Teil dieser nicht besetzten Fachkräftepositionen besetzen. Daran möchten Sie aber nicht arbeiten. Sie möchten lieber, dass es einen schönen großen Pool an Leuten gibt, damit Sie niemals in die Verlegenheit kommen, dass Firmen um Arbeitnehmer werben müssten – statt wie bisher umgekehrt.

(Beifall bei der LINKEN - Heidemarie Mundlos [CDU]: Blödsinnige Unterstellungen!)

Jetzt komme ich zu einem zweiten Thema. Hier klang eben wieder das an, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist: Wer arbeitet, der muss auch mehr haben als jemand, der nicht arbeitet. - Das stellt niemand infrage; auch nicht jemand, der jetzt nicht arbeitet. Das kann man nicht ernsthaft tun. Was Sie aber tun, ist ziemlich pervers. Sie tun nämlich nichts.

(Zuruf von der CDU: Wie bitte?)

Sie verweisen auf die Tarifautonomie und lassen sich die Gewerkschaften daran abkämpfen, dass Löhne von 5,50 Euro auf 6 Euro pro Stunde erhöht werden. (Björn Thümler [CDU]: Das ist deren originäre Aufgabe!)

Dann sagen Sie, dass diejenigen, die nicht arbeiten, noch weniger haben müssen als diese armen Menschen, die manchmal nicht einmal 5,50 Euro in der Stunde bekommen. Was Sie da machen, ist unanständig.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Wenn Sie sich in dieser Art und Weise auf ein Lohnabstandsgebot berufen, ist das wirklich ein Skandal. Das sollten Sie lassen. Sie dürfen sich auch nicht wundern, dass Länder wie Frankreich in der Europäischen Union Deutschland inzwischen auffordern, für vernünftige Löhne zu sorgen; denn Sie praktizieren mit den Niedriglöhnen in Deutschland einen unlauteren Wettbewerb. Sie wollen, dass die Armen in Deutschland gegen die Ärmsten ausgespielt werden - - -

(Beifall bei der LINKEN - Die Präsidentin schaltet der Rednerin das Mikrofon ab)

**Dr. Max Matthiesen (CDU):**

Liebe Kollegin Flauger, die Einsparungen im Bundeshaushalt gehören dorthin. Die Bundesregierung trifft die Maßnahmen mit Augenmaß. Es ist ja nicht so, dass die Bundesagentur, die Jobcenter und die Optionskommunen handlungsunfähig werden. Sie bleiben voll handlungsfähig und haben auch die erforderlichen Mittel. Es geht darum, diese Mittel im Wege von Ermessensleistungen zielgenau ein-zusetzen. Das ist überhaupt nicht zu beanstanden. Wichtig ist vor allem, dass die Jobcenter, die Optionskommunen und die Bundesagentur noch leistungsfähiger werden. Dazu haben wir einige Diskussionen auch hier im Landtag gehabt. Das ist ein großes Vorhaben, das wir noch angehen müssen. Aber es kommt nicht auf einzelne Haushaltspositionen an. Wir alle wissen, dass wir einen gewaltigen Schuldenberg aufgetürmt haben, auf allen Ebenen. Damit haben wir auch die Finanz- und Wirtschaftskrise erfolgreich bewältigt. Jetzt ist es Zeit, wieder Mittel in den öffentlichen Haushalten zu sparen. Das wird auch möglich sein, weil die Wirtschaft wieder brummt. - Das ist der erste Punkt.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das Problem ist, dass die Falschen bezahlen!)

Der zweite Punkt ist: Was Sie zum Lohnabstand erzählen, trifft einfach nicht zu.

(Björn Thümler [CDU]: So ist es!)

Ich habe gerade die Beispiele angeführt, die zeigen, dass dem Bedarf Rechnung getragen wird. Wenn Sie einen Lohnabstand zwischen normalen sozialversicherungspflichtigen Einkommen und dem Bedarf, den ich gerade ausgerechnet habe, machen würden, dann kämen Sie überhaupt nicht zurecht. Es ist doch klar, dass das Bedarfsprinzip gilt. Der Lohnabstand wird im Verhältnis zu den sozialversicherungspflichtigen Einkommen - dazu gibt es tausend Berechnungen - auch eingehalten. Damit kommen Sie nicht weiter. Dass geringfügige Beschäftigung, sehr niedrige Löhne und auch Lohndumping zum Teil um sich greifen, ist leider eine Folge davon, dass Gewerkschaften und auch Arbeitgeberverbände nicht stark genug sind und Tarifflicht stattfindet - - -

(Beifall bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Dann stärken Sie doch die Gewerkschaften! - Kreszentia Flauger [LINKE]: Mindestlohn! - Die Präsidentin schaltet dem Redner das Mikrofon ab)